

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Oktober 2024

1. Regional
2. Guatemala
3. El Salvador
4. Honduras
5. Nicaragua

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Plakatausstellung in Köln: Das Centro Latinoamericano de Colonia (CLAC) und die Abteilung für Iberische und Lateinamerikanische Geschichte (IHILA) der Universität zu Köln laden zur Eröffnung der historischen Plakatausstellung „Solidarität mit Zentralamerika“ am 07.11.2024 um 18 Uhr in der Universität zu Köln. In einer Reihe von Vorträgen werden sie mit Zeitzeug*innen und Expert*innen über die historische Entwicklung der Solidaritätsbewegung mit Zentralamerika in Deutschland und über die Besonderheiten der politischen Plakatkunst Zentralamerikas sprechen. Die Ausstellung wird noch bis zum 20.12.2024 im Prüfungsamt des Philosophikums der Universität zu Köln zu sehen sein. [Weitere Infos](#).

Filmvorführung in Berlin: Im Rahmen der Berlin Science Week wird am 9. November um 16 Uhr die Dokumentation „[Dos Ríos](#)“ aus Guatemala und Honduras am Holzmarkt 25 (Holzmarktstr. 25, 10243 Berlin) gezeigt. Nach dem Film wird eine Diskussion über die kolonialen Verhältnisse der grünen Energiewende und ihre Folgen auf die sogenannten green sacrifice zones im globalen Süden stattfinden, mit Maya-Q’eqchi’ Gäst*innen María Caal Xol und Carlos Choc. [Weitere Informationen und Anmeldung hier](#).

Online-Veranstaltung: Mitglieder des RT-ZA laden in Zusammenarbeit mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung am 20. November um 18.30 Uhr zur Online-Veranstaltung [“Transrechte in Zentralamerika Wie können sie von Deutschland aus gestärkt werden?”](#) ein. Wie sehen die konkreten Lebensrealitäten von trans* Personen in Zentralamerika aus? Welche Möglichkeiten hat die deutsche Bundesregierung, ihre Rechte zu stärken? Die zentralamerikanischen Gäste Sabrina Martínez (Visibles, Guatemala), Jennifer Córdoba (Muñecas de Arcoiris, Honduras) und Grecia Villalobos (Comcavis Trans, El Salvador) werden mit der MdB Ulle Schauws (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Klaus Jetz aus der

2. Guatemala

Workshop in Berlin: Das Kollektiv Voces de Guatemala, Mitglied des RTZA, lädt am 13. November um 17 Uhr zum Workshop "OFRENDAS A LA MEMORIA" im SAVVY (Reinickendorfer Straße 17, 13347 Berlin). Im Workshop wird gemeinsam ein Tongefäß kreiert und individuell gestaltet. Der Kurs richtet sich an Anfänger*innen wie auch an Fortgeschrittene. Anschließend wird der Film "Nuestras Madres" (Spanisch mit englischen Untertiteln) gezeigt, gefolgt von einer Podiumsdiskussion mit Mitgliedern des Kollektivs. Die Veranstaltung endet mit einem Essen nach Familienrezepten und einem gemeinsamen Altar. [Zu weiteren Informationen und zur Anmeldung.](#)

Gewalt gegen Verteidiger: Am Morgen des 29. Oktober wurde der Fischer und Mitglied des Gremial de Pescadores de El Estor, Felipe Xo Quib, von Mauricio Tiul Pérez mutmaßlich ermordet. Tiul Pérez soll bereits in der Vergangenheit für die Compañía Guatemalteca de Níquel (CGN) gearbeitet haben, die das Bergbauprojekt Fénix in dieser Gemeinde von Izabal betreibt und seit Jahren die Verfolgung der Mitglieder der Gremial de Pescadores vorantreibt. Der mutmaßliche Mörder hat sich sofort der Polizei gestellt und behauptet, er habe die Tat in Notwehr begangen.

Am 17. Oktober wurde in der Gemeinde Sayaxché, Petén, der Bauer Francisco Pop Ico ermordet. Er war der Anführer einer Gruppe von Menschen, die gegen das Palmölunternehmen Industria Chiquibul, S.A. für ihre Arbeitsrechte kämpften, weil sie sich als versklavt betrachteten. Als sie mit diesen Aktionen begannen, beschuldigte das Unternehmen sie, sich ihr Territorium anzueignen und versuchte, sie zu kriminalisieren.

Justiz: Der guatemaltekische Kongress hat am 3. Oktober 2024 die neuen Richter des Obersten Gerichtshofs gewählt, die zehn Tage später ihr Amt antraten. Die Amtszeit der 13 Richter läuft bis 2029. Der Wahlprozess war von Korruptionsvorwürfen geprägt. Die Liste wurde von einem Bündnis aller Parteien, einschließlich Semilla, vereinbart, aber die ursprünglichen Vereinbarungen wurden nicht eingehalten. Drei Kandidat*innen auf der vereinbarten Liste wurden in letzter Minute gestrichen, damit die Partei Vamos und ihre Verbündeten die von ihnen selbst favorisierten Namen aufnehmen konnten. Trotz der Kritik versicherte der Präsident des Kongresses, Nery Ramos, Verbündeter von Arévalo, dass der Prozess „offen, transparent und demokratisch“ gewesen sei.

Pressefreiheit: Der renommierte Journalist und Gründer von elPeriódico, José Rubén Zamora, wurde nach 813 Tagen Haft aus dem Gefängnis entlassen. Zamora war am 29. Juli 2022 wegen angeblicher Geldwäsche verhaftet worden. Weniger als ein Jahr später wurde er verurteilt, aber ein Berufungsgericht hob das Urteil auf. Der Journalist wird unter Hausarrest gestellt, während zwei Verfahren gegen ihn fortgesetzt werden. Während seiner Haftzeit prangerten internationale Organisationen wie Amnesty International und Reporter ohne Grenzen die unmenschlichen Haftbedingungen an und behaupteten, dass die Fälle auf eine politische Verfolgung durch die kooptierte Justiz Guatemalas hinweisen.

Kriminalisierung von Aktivist*innen: Ein salvadorianisches Gericht hat Mitte Oktober fünf Umweltaktivisten aus der Gemeinde Santa Marta, Cabañas, freigesprochen. Die Aktivisten und ehemaligen Guerilleros waren im Januar 2023 wegen des Mordes an einer Frau im Jahr 1989 verhaftet und angeklagt worden. Nach acht Monaten Haft und dreizehn Monaten Hausarrest entschied das Gericht, dass die Staatsanwaltschaft den Vorwurf der Ermordung nicht mit Beweisen belegen konnte. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Rechtsexpert*innen behaupten, dass ihre Verfolgung eher mit dem Aktivismus der Angeklagten zu tun hat: Alle fünf spielten eine wichtige Rolle im Kampf um die Umwelt, der 2017 zum vollständigen Verbot des Bergbaus in dem Land führte. Die Regierung von Nayib Bukele signalisiert derzeit ihre Absicht, den Bergbau in El Salvador wieder einzuführen.

Widerstand: Tausende Mitglieder von Gewerkschaften, sozialen Organisationen sowie Arbeiter*innen demonstrierten am 19. Oktober in San Salvador gegen die von der Regierung für 2025 vorgeschlagenen Haushaltskürzungen für die Bereiche Gesundheit und Bildung. Am 30. September legte die Regierung Bukele dem Kongress den Entwurf für den allgemeinen Staatshaushalt 2025 vor, der 970 Millionen Dollar weniger als der Haushalt 2024 vorsieht, mit Kürzungen von 34 und 92 Millionen Dollar für Bildung und Gesundheit. Der Hauptkritikpunkt an dem Vorschlag ist der Wegfall der „escalafón“-Zahlung, einer Gehaltsanpassung, die für das Personal des Gesundheitsministeriums und die Lehrer der öffentlichen Schulen nach den geleisteten Jahren an ihren Stellen berechnet wird.

Pressefreiheit: Als Reaktion auf verschiedene journalistische Recherchen über Korruption und Gewalt innerhalb der Regierung von Nayib Bukele wurden mehrere Journalisten im letzten Monat angegriffen und schikaniert. Der Enthüllungsjournalist Jaime Quintanilla veröffentlichte in Redacción Regional zwei Recherchen über die Geschäfte der Familie Bukele, die ihre Macht ausgenutzt hat, um große Grundstücke für Kaffeeplantagen sowie Gebäude im historischen Zentrum von San Salvador mit Steuerbefreiungen zu kaufen. Sowohl der Präsident als auch seine Brüder griffen die Recherchen an und beleidigten Quintanilla und andere Journalisten auf dem sozialen Netzwerk X, früher bekannt als Twitter. Sie weigerten sich auch, Fragen zu beantworten und Beweise vorzulegen, die den Ergebnissen der Recherche widersprechen.

Am Abend des 30. Oktober wurde das Haus der Mutter des renommierten Journalisten Ricardo Vaquerano unter dem Vorwand einer angeblichen Anzeige wegen häuslicher Gewalt durchsucht, obwohl sie alleine zu Hause war. Die Polizei verlangte von der Mutter des Journalisten die Namen ihrer Söhne und deren Berufe. Dies geschah eine Woche nach der Veröffentlichung einer Recherche, an der Vaquerano beteiligt war, die die Existenz eines von der Regierung selbst geduldeten Todesschwadrons innerhalb der Nationalen Zivilpolizei (PNC) aufdeckt.

Mord an dem Umweltaktivisten Juan López im September in Verbindung stehen sollen. Am 4. Oktober verhaftete die Nationale Polizei zwei Personen in Tocoa, darunter den mutmaßlichen Täter des Verbrechens. Am darauffolgenden Tag nahm die Polizei zwei weitere Personen fest, die mutmaßlich ebenfalls an dem Verbrechen beteiligt waren. Am 14. September wurde der Umweltaktivist Juan López in Tocoa, im honduranischen Departement Colón, von einer Gruppe Unbekannter ermordet. López gehörte dem Comité Municipal en Defensa de los Bienes Comunes y Públicos de Tocoa (CMDBCPT) an, wo er sich für den Schutz der Flüsse Guapinol und San Pedro sowie für den Schutz des Naturreservats Carlos Escaleras vor der ständigen Bedrohung durch Bergbau- und Wasserkraftunternehmen einsetzte.

Wahl 2025: Die Präsidentin des Nationalen Wahlrates (CNE), Ana Paola Hall, kündigte im nationalen Fernsehen den Aufruf zu Vorwahlen der Parteien an, die an den Wahlen 2025 teilnehmen. Die Vorwahlen innerhalb der Parteien finden am 9. März 2025 statt und werden die Kandidat*innen für die Präsidentschaftswahl sowie die Kandidat*innen für den Kongress, das zentralamerikanische Parlament und die Bezirksverwaltungen am 30. November 2025 bestimmen.

Aktuell läuft ein Prozess gegen Nasry Asfura, ehemaliger Bürgermeister des Zentraldistrikts und derzeitiger Präsidentschaftskandidat der Nationalen Partei (PNH), wegen mutmaßlicher Korruptionsdelikte zwischen 2017 und 2018. Ein honduranisches Gericht hat diese Woche entschieden, dass er seinen Prozess in Freiheit fortsetzen darf, solange er sich jede Woche vor Gericht meldet. Gleichzeitig hat er ein Dokument mit Unterschriften eingereicht, um seine Kandidatur für die Vorwahlen der HNP anzumelden. Somit ist er nach Jorge Cáliz, welcher für die Liberale Partei (PLH) antritt, der zweite Politiker, der seine Kandidatur für Vorwahlen offiziell anmeldet.

Umweltaktivismus: Derzeit findet die 16. UN-Biodiversitätskonferenz COP16 in Cali, Kolumbien, statt. Einer der Hauptdiskussionspunkte auf der COP16 war der Mechanismus zur Anrechnung von Biodiversitätszertifikaten, ein zentraler Punkt des auf der COP15 unterzeichneten Kunning-Montreal-Abkommens. Aktivist*innen aus Honduras, die als Beobachter*innen an der COP16 teilnehmen, haben die Initiative kritisiert. Rony Castillo von der honduranischen Schwarzen Geschwisterlichen Organisation von Honduras (Ofraneh) äußerte sich besorgt über den Mechanismus, der keine echten Vorteile für die Gemeinschaften, sondern nur für die Unternehmen bringen sollte. Bertha Zúniga, Koordinatorin des Rat der Volks- und Indigenenorganisationen von Honduras (Copinh), lehnt Mechanismen wie diese Zertifikate oder Kohlemärkte ebenfalls ab und bezeichnet sie als „modernen Extraktivismus“.

5. Nicaragua

Filme: Zwei Dokumentationen über Nicaragua werden in den kommenden Wochen und Monaten in Kinos in ganz Deutschland gezeigt. Der Film *Patrol – Auf Patrouille durch den Regenwald* begleitet eine Gruppe indigener Ranger auf ihren Patrouillen in einem der letzten unberührten Regenwälder Mittelamerikas, die der Zerstörung des Naturschutzreservates durch illegale Viehzüchter entgegentreten. Der Dokumentarfilm wird von Ende September bis Anfang November in verschiedenen Städten präsentiert. Der nicaraguanische Regisseur Camillo Castro de Belli wird bei vielen der Vorführungen anwesend sein und nach dem Film für Informationen, Fragen und Diskussionen zur Verfügung stehen. [Hier ist ein Überblick aller Termine zu finden.](#)

zeigt die persönliche Perspektive einer ehemaligen Brigadistin über die sandinistische Revolution, die deutsche Nicaragua-Hilfe und die gegenwärtige Repression unter Daniel Ortega. Der Film wird an verschiedenen Terminen und Kinos in ganz Deutschland im November und Dezember gezeigt. [Hier zum Überblick der Kinotermine.](#)

Tod von Humberto Ortega: Humberto Ortega, Militärstrategie, ehemaliger Verteidigungsminister und Bruder des nicaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega, [starb am 30. September](#). Der 77-jährige Ortega litt an [verschiedenen chronischen Erkrankungen](#) und ist an einem Herz- und Atemstillstand im Militärkrankenhaus in Managua gestorben. In einem kurzen, [in der regierungsnahen Zeitung El 19 Digital veröffentlichten Statement](#), brachten die Kinder und Enkel von Humberto Ortega ihre „tiefe Trauer über seinen Tod“ zum Ausdruck und baten um „Respekt für die Privatsphäre und die Trauer der Familie“. Präsident Daniel Ortega hatte die Polizei angewiesen, das Haus seines Bruders zu umstellen, nachdem dieser ihn am 19. Mai in [einem umstrittenen Interview im Nachrichtenportal Infobae](#) kritisiert hatte. Der Präsident nannte ihn „Verräter des Vaterlands“.

Gewalt gegen Exil-Nicaraguaner*innen: Die costaricanische Ermittlungsbehörde (OIJ) hat [drei Verdächtige des Anschlags auf den nicaraguanischen Oppositionsführer Joao Maldonado und seine Lebensgefährtin Nadia Robleto vom 10. Januar 2024 festgenommen](#). Dies war der zweite Anschlag auf Maldonado, auf den bereits im Januar 2021 ein Attentat verübt wurde. Obwohl Opfer und Oppositionsorganisationen das Regime von Daniel Ortega und Rosario Murillo direkt beschuldigen, bestreitet Präsident Rodrigo Chaves, dass es in Costa Rica [„irgendeine organisierte Zelle gibt, die von der nicaraguanischen Regierung kontrolliert wird“](#).

Die Gewalt gegen nicaraguanische geflüchtete Personen geht jedoch weiter. Am 28. Oktober wurde der [nicaraguanische Bauer Jaime Luis Ortega Chavarría, mit Asyl in Costa Rica, in der Gemeinde El Quebradón de Upala \(Costa Rica\) ermordet](#). Offiziellen Berichten zufolge wurde er zu seinem Haus gerufen, um ihn dazu zu bringen, auf die Straße zu gehen, wo er mit acht Schüssen einer Schusswaffe erschossen wurde. Das Motiv für die Tat ist noch nicht bekannt.

Gewalt gegen LGBTQI+-Personen: Die LGBTQI+-Beobachtungsstelle von Nicaragua [dokumentierte zwischen Januar und September 2024 108 Hassverbrechen](#). Darunter waren sieben gewaltsame Todesfälle von LGBTQI+ Menschen, doppelt so viele wie im Jahr 2023. Vier von zehn Fällen [waren Angriffe auf Transfrauen](#). Ein Vertreter der Beobachtungsstelle erklärte gegenüber DIVERGENTES, dass die Zahl der tatsächlichen Fälle höher ist als die der festgestellten, dass die Opfer jedoch Angst haben, Anzeige zu erstatten, weil sie von staatlichen Beamten angegriffen werden.
